



NHB

Beirat für Nachhaltige Entwicklung
des Landes Brandenburg

Chancen für Brandenburg

Beirat übergibt seine Empfehlungen für eine Landes-Nachhaltigkeitsstrategie an Ministerin Tack

„Handle so, dass zukünftige Generationen die gleichen Möglichkeiten haben, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen, und ihr Leben gemäß ihren eigenen Vorstellungen zu gestalten.“ So bringt der Wissenschaftliche Beirat für Nachhaltige Entwicklung des Landes Brandenburg es auf den Punkt – als kategorischen Imperativ der Nachhaltigkeit, frei nach Kant. Nicht nur die Politik, sondern auch jeder Einzelne und die Gesellschaft insgesamt müssen ihre Ziele und Interessen im Rahmen der natürlichen Lebensgrundlagen und orientiert an Gerechtigkeit verfolgen. Im Kern geht es darum, die Zukunft in gemeinsamer Verantwortung zu gestalten. Auch Brandenburg stellt sich dieser Verantwortung, erläutert Manfred Stock vom Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK) und Vorsitzender des Beirates: „Wir müssen Vorsorge treffen, dass uns zukünftige Entwicklungen nicht überrollen, sondern wir schon heute das Morgen so gestalten, dass sich uns Entwicklungschancen bieten.“

Der Nachhaltigkeitsbeirat Brandenburg hat jetzt seine Empfehlungen für eine Landes-Nachhaltigkeitsstrategie vorgelegt, die die Landesregierung bis Ende des Jahres verabschieden will. Über ein Jahr lang hat die Landesregierung unter Mitwirkung des Beirates in Dialogforen, Workshops und einem Jugendforum die Akteure in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft konsultiert. Der Beirat hat zu den Themenfeldern Wirtschaft und Arbeit, Lebensqualität, Energie und Klima, Finanzpolitik, Bildung für nachhaltige Entwicklung sowie Biodiversität und Landnutzung seine Empfehlungen formuliert. Sie orientieren sich daran, dass die Landespolitik einen grundlegenden Perspektivwechsel vornehmen muss, um den Herausforderungen vor allem des Klimawandels und der demografischen Entwicklung begegnen zu können und die Lebensqualität für die Menschen in Brandenburg zu verbessern.

Ohne eine klare Neuorientierung der Politik am Leitbild der nachhaltigen Entwicklung ist dies nicht möglich. Eine Beteiligung der Menschen vor Ort ist entscheidend und die Landesregierung sollte nach Auffassung des Beirats hierbei die Initiative ergreifen und Vorbild sein. Dazu empfiehlt der Beirat eine Reihe von konkreten Maßnahmen wie eine nachhaltige öffentliche Beschaffung, die Einführung von Nachhaltigkeitsprüfungen, eine Stärkung der politischen Partizipationsmöglichkeiten und die Gründung eines „Nachhaltigkeitszentrums“ zur Vernetzung der Zivilgesellschaft.

Einige Empfehlungen zu den Handlungsfeldern möchte der Beirat besonders hervorheben.

Der Einsatz von Landes- und EU-Fördermitteln sollte gezielt nach Kriterien der Nachhaltigkeit erfolgen und Förderprogramme die Bewahrung natürlicher Lebensgrundlagen, soziale Gerechtigkeit und gesellschaftliche Wohlfahrt zum Ziel haben. Nur so können die im Land vorhandenen menschlichen und unternehmerischen Potenziale erschlossen und in nachhaltige wirtschaftliche Produktions- und Konsumprozesse eingebunden werden.

Statt einer an Strukturen und Investitionen orientierten Politik braucht es eine, die sich an den Menschen und ihren Bedürfnissen orientiert. Dann stünde beispielsweise nicht der Ausbau einer Umgehungsstraße im Vordergrund, sondern die Verbesserung der Mobilität – wozu auch öffentliche Verkehrsmittel dienen könnten; nicht der Bau eines Krankenhauses, sondern die Sicherung der Krankheitsvorsorge vor Ort – wofür neue mobile Gesundheitsdienstleister hilfreich sein könnten; nicht die Produktion von Wärme, sondern die Gewährleistung warmer Wohnungen – was auch mit verbesserter Dämmung erreicht werden könnte.

Brandenburg muss an seinem erklärten Ziel festhalten, den Ausstoß klimaschädlicher Abgase zu verringern, bei CO₂ um 72% bis 2030 unter das Niveau von 1990. Dies ist nur möglich, wenn gleichzeitig die Verstromung der Braunkohle konsequent reduziert wird. Der Beirat empfiehlt stattdessen, stärker auf Energieeinsparung und energieeffizientere Lebensstile zu setzen. Für die Lausitz sollte ein alternatives Konzept für eine nachhaltige regionale Entwicklung erarbeitet werden, die den Menschen, die in ihrer Region verwurzelt sind, eine Zukunftsperspektive bietet.

Für den Schutz von Gemeingütern wie Wasser, Luft, Wald, Boden sollten zusätzlich zu ordnungspolitischen vor allem auch finanzpolitische Instrumente genutzt werden, die dem Land zur Verfügung stehen. Die (Über)-Nutzung von Gemeingütern durch Immissionen und Abfall führt zu Wettbewerbsverzerrungen sowie Umwelt- und Gesundheitsschäden. Brandenburg kann mit Mitteln der Steuer- und Abgabepolitik steuernd eingreifen und zugleich langfristig seine Staatseinnahmen erhöhen.

Das Land sollte sich das Konzept der „Nachhaltigen Bildungslandschaften“ zu eigen machen, in dem unterschiedliche Akteure zusammenarbeiten und sich über die Grenzen der Bildungsinstitutionen hinaus für eine nachhaltige Entwicklung vor Ort einsetzen. So können vor allem Kinder und Jugendliche früh „Lernorte“ entdecken und selbst gestalten. Die Umsetzung des Leitbilds der nachhaltigen Entwicklung kann durch nachhaltige Bildungslandschaften unterstützt werden, denn alle Akteure sind gefordert, miteinander aus den Erfahrungen zu lernen und dabei „lokale und regionale Identitäten“ auszubilden.

Und schließlich sollten Land- bzw. Raumnutzungsansprüche besser gebündelt, vernetzt und kooperativ abgestimmt werden. So können die biologische Vielfalt und die natürlichen Ressourcen erhalten werden um auch künftige Nutzungen zu ermöglichen.

Die Landesregierung hat in ihren Eckpunkten zu einer Nachhaltigkeitsstrategie angekündigt, dass der von ihr vorgelegte Strategie-Entwurf in einer zweiten Phase von Konsultationen den Bürgerinnen und Bürgern und den gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Organisationen und Initiativen zur Stellungnahme vorgelegt wird. Der Beirat ist gerne bereit, seine Empfehlungen zu diskutieren und sich an dem weiteren Konsultationsprozess zu beteiligen.